

Sie häufen sich an und schaden der Umwelt und der Meeresfauna

Brüssel will Verbrauch dünner Plastiktüten senken

Von unserer
Korrespondentin
Marisandra Ozolins, Brüssel

Für EU-Umweltkommissar Janez Potocnik sind sie „ein Symbol unserer Wegwerfgesellschaft“. Die Rede ist von den Milliarden von dünnen Plastiktüten, die sich Jahr für Jahr in der Umwelt anhäufen, mit der Folge beträchtlicher Schäden. Die Kommission will deren Nutzung drastisch einschränken.

Zu diesem Zweck schlug sie gestern zwei Änderungen in der Richtlinie über Verpackungen und Verpackungsabfälle vor. Zum einen sollen die Mitgliedstaaten künftig verpflichtet werden, Maßnahmen zu ergreifen, mit denen der Verbrauch von Plastiktüten, die weniger als 50 Mikron (gleich 0,05 Millimeter) dick sind, reduziert wird.

Das sind Tüten, die meistens zum Einpacken von Obst oder Gemüse verwendet werden und nach einmaliger Nutzung wegwerfen werden.

Über 8 Milliarden Tüten pro Jahr im Müll

Zum anderen können die Mitgliedstaaten selbst entscheiden, wie sie diese Maßnahmen umsetzen wollen, etwa durch Abgaben, wie dies zum Beispiel bereits in Irland der Fall ist, oder durch nationale Reduktionsziele beziehungsweise ein Verbot der betroffenen Tüten.

Man wolle „flexibel“ vorgehen, meinte Janez Potocnik angesichts der Tatsache, dass der Vorschlag den Mitgliedstaaten die freie Wahl der Reduzierungsmaßnahmen überlässt und auch keine Größenordnung für die Reduzierung vorschreibt.

Dem slowenischen Umweltkommissar zufolge, der auf das Subsidiaritätsprinzip sowie die unterschiedliche Lage in den Mitgliedstaaten verweist, soll die Reduzierung jedoch „kontrolliert“ werden. Und falls die Mitgliedstaaten dem Beispiel einiger bereits erfolgreicher Länder folgen würden, könnte der derzeitige Verbrauch dünner Plastiktüten EU-weit „um bis zu 80 Prozent“ verringert werden.

Das Problem ist die zunehmende Verbreitung dieser Tüten, die nach Angaben Potocniks zum größten Teil aus China importiert

PLASTIKTÜTEN ZAHLEN

o **Produktion in der EU:** In der Union werden jährlich rund 1,124 Millionen Tonnen Plastiktüten und -tragetaschen produziert.

o **Verbrauch:** Im Jahr 2010 wurden 98,6 Milliarden Plastiktüten und -tragetaschen verbraucht. Damit gebrauchten die EU-Bürger pro Kopf 198 solcher Tüten.

o **Entwicklung:** Es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2020 bis zu 110,5 Milliarden Plastiktüten in der EU verbraucht werden.

o **Kosten:** Die EU-Kommission geht davon aus, dass bei einem Verbot von Plastiktüten jährlich 899,5 Millionen Euro eingespart werden könnten. Der Großteil davon entfällt auf den Handel, der 791,7 Millionen Euro einsparen würde.



AP-Foto: Frank Augustein

Der derzeitige Verbrauch an Plastiktüten könnte um 80 Prozent reduziert werden

werden. Denn sie werden nicht der Abfallbewirtschaftung, d.h. dem Recycling, zugeführt und häufen sich in der Umwelt, insbesondere in den Meeren, an. Mehr als 8 Milliarden landen jedes Jahr in Europa auf dem Müll. Sie können der Kommission zufolge über mehrere hundert Jahre fortbestehen, oft als kleine Partikel, und werden von Vögeln oder Fischen verschluckt.

Allein in der Nordsee würden demnach die Bäuche von 94 Prozent aller Vögel Plastik enthalten. Auch in den Eingeweiden mehrerer Arten bedrohter Schildkröten habe man Plastiktüten gefunden, erläutert die EU-Behörde.

Die Kommission schätzt, dass

im Jahr 2010 fast 100 Milliarden Kunststofftragetaschen in der EU in den Verkehr gebracht wurden, davon 90 Prozent dünner Plastiktüten. Allerdings ist der jährliche Pro-Kopf-Verbrauch dieser Tüten je nach Mitgliedstaat sehr unterschiedlich.

Luxemburg unter den „Modell-Ländern“

Zu den sogenannten „Modell-Ländern“ zählen in erster Linie Dänemark und Finnland, die Potocnik zufolge nur etwa vier Einmalverbrauchtüten pro Kopf und pro Jahr benutzen, gefolgt von Luxemburg, wo diese Nutzung

sich auf etwa 18 Tüten beschränkt. Am anderen Ende der Skala werden über 460 Tüten in Polen, Portugal und der Slowakei benutzt.

Bisher hätten bereits 12 Mitgliedstaaten Maßnahmen auf nationaler Ebene gegen die Ausbreitung dünner Plastiktüten ergriffen und 13 Mitgliedstaaten hätten freiwillige Initiativen in die Wege geleitet, erläuterte der Kommissar. Lediglich in Polen und in Zypern seien keine Maßnahmen ergriffen oder zumindest der Kommission mitgeteilt worden. Der Kommissionsvorschlag muss nun von den Mitgliedstaaten im Ministerrat sowie vom Europäischen Parlament gebilligt werden.

Die „Union syndicale Luxembourg“ äußert sich zur aktuellen Situation der EU-Beamten

Attraktivität des Standorts Luxemburg in Gefahr

Damien Valvasori

Vor dem Hintergrund der anstehenden Sozialwahlen in den europäischen Institutionen hat die „Union syndicale Luxembourg“, die Gewerkschaft der EU-Beamten in Luxemburg, zur Attraktivität des Großherzogtums als Sitz europäischer Institutionen Stellung bezogen.

In der gestern einberufenen Pressekonzferenz verurteilte der Generalsekretär der „Union syndicale Luxembourg“, Miguel Vicente Nunez, das „verantwortungslose“ Verhalten der Europäischen Kommission in Brüssel angesichts der finanziellen Situation der EU-Angestellten. Laut Nunez wird „die Attraktivität Luxemburgs als Standort europäischer Institutionen auf die Probe gestellt“.

Monatsgehalt von 1.847 Euro

Zwar sei bereits 2003 in einem Abkommen zwischen der damaligen luxemburgischen Außenministerin Lydie Polfer und dem damaligen Kommissar für Personal und Verwaltung, Neil Kinnock, eine langfristige Lösung für den Standort Luxemburg ver-



Foto: Martine May

Der Generalsekretär der „Union syndicale Luxembourg“, Miguel Vicente Nunez, kann sich auch einen Gang vor Gericht vorstellen

sprochen worden, seitdem habe sich die Situation der EU-Beamten im Großherzogtum jedoch deutlich verschlechtert. So sind

511 Personen in den europäischen Institutionen als Bedienstete auf Zeit eingestellt. Diese haben in der niedrigsten Gehalts-

stufe ein Monatseinkommen von 1.847 Euro Brutto und liegen somit 74 Euro unter dem qualifizierten Mindestlohn. Angesichts dieser Zahlen sprach Nunez von „Sozialdumping“ und warnte vor dem „Abrutschen in die Prekari-tät“.

Zweitgrößter Arbeitgeber

Zudem bestehe die Gefahr, dass der neue, ab Januar 2014 in Kraft tretende Beamtenstatus, der eine Arbeitswoche von 40 Stunden anstelle von 37,5 Stunden sowie die Erhöhung des Rentenalters von 63 auf 65 Jahre vorsieht, zu einem Exodus der Angestellten der EU-Institutionen führt.

Bezüglich der Kaufkraft prangerte der Generalsekretär der „Union syndicale Luxembourg“ die Diskrepanz zwischen den Angestellten der EU-Institutionen in Luxemburg und deren Kollegen in Brüssel an. Erstere hätten in diesem Jahr 10,2 Prozent weniger Kaufkraft als die Angestellten der EU-Institutionen in Brüssel. Eine Anpassung an die Lebenskosten der jeweiligen Stadt wird laut Nunez nicht vollzogen.

Der Generalsekretär der „Union syndicale Luxembourg“ kritisierte des Weiteren die Anzahl

der in Luxemburg arbeitenden EU-Angestellten. Hier wurde im Besonderen die Umsetzung des Polfer/Kinnock-Abkommens angeprangert. Dieses hatte bis 2010 insgesamt 3.426 Posten für die Europäische Kommission in Luxemburg vorgesehen.

Am 31.12.2012 arbeiteten jedoch lediglich 3.345 Personen in dieser EU-Institution. Auch der Zustand des 1975 errichteten Jean-Monnet-Gebäudes wurde von der „Union syndicale Luxembourg“ thematisiert. Sicherheits- und Hygienemängel würden zu kaum zumutbaren Arbeitsbedingungen führen.

Letzten Endes dürfe nicht vergessen werden, dass die europäischen Institutionen zurzeit mit 11.000 Angestellten der zweitgrößte Arbeitgeber des Großherzogtums seien. Angesichts der dargestellten Missstände, welche die Attraktivität des Standortes Luxemburgs in Frage stellen, bestehe die Gefahr, dass die europäischen Institutionen ihre Präsenz in Luxemburg deutlich einschränken werden.

Aus diesem Grund wird die „Union syndicale Luxembourg“ „eine interne und externe Sensibilisierungskampagne“ starten. Nunez betonte, dass letztlich auch ein Gang vor das Gericht für den öffentlichen Dienst der Europäischen Union denkbar sei.